

Zeitschrift der GEW Wiesbaden

Nr. 1 / 2007 25. Jahrgang



Die hessische Öffentlichkeit beschäftigte sich mit dem vom HKM am 3.3.07 durchgeführten Kongress mit dem beziehungsreichen Titel "Stärkung der Eigenverantwortung- Schlüssel zur Qualität" - natürlich konnte auch die Wiesbadener Lehrerzeitung sich diesem Thema nicht entziehen. Wie könnten wir dies außer Acht lassen? Bietet es doch wie kaum ein anderes die konkrete Anschauung darüber, wie heutzutage in unserem schönen Hessenland mit denjenigen umgesprungen wird, die in der Schule arbeiten.

Zur Erinnerung:

- Der Kongress, in dieser Form bisher einmalig in Hessen, kostete ca. 400.000 €uro;
- organisiert wurde er von einer Berliner Media- Agentur;
- ein weiterer Sponsor war die deutsche Post-Agentur, zahlreiche unterstützende Firmen erschienen unter ihrem Firmenlogo auf der Homepage des Kultusministeriums;
- moderiert wurde die Veranstaltung von dem bekannten ZDF-Nachrichtensprecher Steffen Seibert;
- gemietet wurde die Jahrhundert-Halle in-Hoechst, es reisten bis zu 2400 Schulleiterinnen und Schulleiter in aller Herrgottsfrühe an, um den Worten des Ministerpräsidenten, der Kultusministerin, des Staatssekretärs und natürlich auch noch einiger Referenten zu lauschen:
- deklariert wurde die Veranstaltung einerseits als "Kongress", andererseits als "Dienstveranstaltung" – Vertreter der Personalräte waren allerdings nicht eingeladen – man blieb lieber unter sich.

Ein Schelm, der sich angesichts des ganzen Aufwandes Böses dabei denkt - steht doch der hessische Wahlkampf sozusagen vor der Tür. Laut FDP-Chef Hahn war der Kongress eine "reine Parteiveranstaltung", er forderte die Ministerin auf, ihn abzusagen. Überhaupt fand dieses Massenevent ein breites Medienecho. "Speisung der Zweitausend" (D. Henzler, FDP) oder "dubioser Feldgottesdienst" (SPD) waren da noch launige Umschreibungen für verärgerte und zornige Reaktionen.



Fotos: Jürgen Weygandt

Verständlich, könnten diese Gelder sinnvoll im Schulbereich ausgegeben werden!

Aber vielleicht ging Frau Wolff ja noch in sich: Am 4. März, also einen Tag nach dem Kongress, stieg sie, laut einer Pressemitteilung der *Frankfurter Rundschau* in Darmstadt in der Stadtkirche auf die Kanzel und predigt. Ihr Thema: "Vater, vergib ihnen, denn sie wissen nicht, was sie tun!" Katja Plazikowsky

Betrachtungen zum Spektakel

Bis zu Beginn des "Kongresses" verteilen wir Gewerkschaftler an die ankommenden SchulleiterInnen ein Sonderheft der HLZ sowie einen Fragebogen zur Beurteilung der Veranstaltung.

Viele der herbeigeeilten SchulleiterInnen nehmen es mit Galgenhumor, sparen nicht mit humorvollen ("Mal sehen, was die Konzernspitze so zu berichten hat.") oder bissigen Kommentaren ("Da muss man schon kerngesund sein, wenn man glaubt, Motivation anordnen zu können.") . Dann begeben sie sich aber doch recht schnell in die Jahrhunderthalle.

In der Halle selbst ist die Stimmung nicht besonders gut, wie wir von einigen der ca. 2000 Auserwählten erfahren. Vor allem die Vorgabe, zu den Ausführungen der Landesregierung keine Nachfragen stellen zu dürfen, verärgert die Menschen. Ihre Anfragen können sie ausschließlich schriftlich stellen. Diese werden dann durch die "Konzernspitze" ausgewählt und abschließend beantwortet. Machtarroganz par excellence, Demokratie sieht anders aus. Einige TeilnehmerInnen verlassen frustriert den Ort des Geschehens.

Während die SchulleiterInnen den Antworten auf ihre Fragen lauschen, ist die Stimmung im GEW-Zelt heiter. Mehrere KollegInnen führen ein Theaterstück über die neue Bildungspolitik in Hessen auf. Es ist dem Märchen

Kommentar

Wie schade, dass so wenige Schulleiterinnen und Schulleiter der CDU-Wahlveranstaltung ferngeblieben sind. Zumindest diejenigen, die mit der Schulpolitik der hessischen CDU nicht einverstanden sind, hätten das demonstrieren sollen. So kann die hessische CDU zu Recht ihre Wahlveranstaltung als Erfolg für sich verbuchen. Ob verpflichtend oder nicht, etwas mehr Zivilcourage hätte hier ein deutliches Zeichen gesetzt.

Wenn das so weitergeht, werden SchulleiterInnen noch handlungsunfähiger und kaum noch Widerstand leisten können. Schnitt für Schnitt werden sie aus ihrer Rolle des primus inter pares herausgeschält und zu "Schul-Betriebsleitern" mit Manager-Gehältern verkocht. Als führende Sachzwangsund Verwaltungsleiter aber verbietet sich die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft von selbst. Etwas Gutes steckt jedoch in dieser Bewegung: Die Schulämter und deren Besatzungen werden untergehen.

Thomas Eilers

"des Kaisers neue Kleider" nachempfunden und wird mit viel Lachen aufgenommen. In der Mittagspause kommen dann SchulleiterInnen zu uns ins Zelt, um sich bei uns zu erholen.

Dabei empören sie sich lautstark über die schülerfeindliche Bildungspolitik der hessischen CDU. Vor allem ein Satz der hessischen Kultusministerin, den sie in einem Interview - veröffentlicht am gleichen Tag in der Frankfurter Rundschau - zum Besten gab, macht die Runde:

"Nach der 6. Klasse haben wir wieder genug Hauptschüler, um die Hauptschule als eigenständige Institution neu zu profilieren." (etwas gekürzt, aber dem Sinne nach richtig wiedergegeben).

In den Diskussionsrunden, die sich immer wieder in verschiedensten Zusammensetzungen bilden, geht es meist über die rückwärts gerichtete Bildungspolitik in unserem Lande. Diese wird sich auch nicht ändern, da mögliche Diskussionsprozesse mit Lehrerinnen und Lehrern, Sozialpädagoglnnen und verschiedenst qualifizierten MitarbeiterInnen, die vor Ort Kärrnerarbeit leisten, nicht gewollt sind..

Müde komme ich nach der Veranstaltung nach Hause und denke, wir, die Tag für Tag mit den Kindern und Jugendlichen arbeiten, müssen dazu beitragen, dass es in Hessen zu einer Kurskorrektur in der hessischen Bildungspolitik kommt.

Diese, die jetzt betrieben wird, haben unsere Kinder und Jugendlichen wahrlich nicht verdient. Roland Ulrich

GEW-Vertrauensleuteversammlung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verkündungsversammlung, zu der Kultusministerin Wolff und Ministerpräsident Koch rund 2.000 Schulleiterinnen und Schulleiter in die Jahrhunderthalle in Höchst zitieren, belegt erneut das obrigkeitsstaatliche Politikverständnis dieser Landesregierung und ihren autoritären Umgang mit den Beschäftigten. ,Dialog' bedeutet: Ich rede und Ihr habt zuzuhören. ,Autonomie': Ich bestimme, Ihr habt zu folgen und tragt obendrein die Verantwortung. So wie diese Landesregierung nicht davor zurückschreckt, die Schulleitungen als Kulisse für eine gigantische Möchtegern-Wahlkampfveranstaltung zu benutzen, ist sie nicht davor zurückgeschreckt, für einen erhofften Wahlkampfschlager "Unterrichtsgarantie plus' die professionellen Standards unseres Berufs über Bord zu werfen. Diese Deprofessionalisierung will sie jetzt mit dem Projekt ,50+', bei dem Erwerbslose die Betreuung von Betriebspraktika übernehmen sollen, fortsetzen.

Mit dem sozialen Kahlschlag, dem Diktat zur Arbeitszeiterhöhung auf 42 Stunden und dem Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder, wurde diese Politik grundlegend eingeleitet. Seit 2004 gibt es keine Gehaltserhöhungen mehr! Jetzt gibt die Föderalismusreform der Landesregierung weitere Mittel an die Hand,

um ihre beschäftigtenfeindliche Politik ungebrochen fortzusetzen.

Es ist Zeit, dass wir auf einer landesweiten Vertrauensleuteversammlung gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen gegen diese tarif- und beschäftigtenfeindliche Politik im hessischen öffentlichen Dienst miteinander diskutieren. Deshalb lade ich Euch ganz herzlich ein zu unserer landesweiten

GEW-Vertrauensleuteversammlung Donnerstag, den 22. März 2007,15 bis 18 Uhr Bürgerhaus Griesheim Schwarzerlenweg 57, 65933 Frankfurt



Als Tagesordnung ist vorgesehen:

- 1. Tarif- und besoldungspolitische Auseinandersetzung mit der Landesregierung Tarifvertrag Länder auch für Hessen?! Konsequenzen für die Beamtinnen und Beamten aus der Föderalismusreform Gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen (Zu diesem Tagesordnungspunkt sind auch Vertreterinnen bzw. Vertreter der anderen ÖD Gewerkschaften eingeladen)
- 2. Wie weiter gegen ,U+' und ,50+'?
- 3. Verfassungsklage gegen Studiengebühren (Bringt bitte die in Eurem Kollegium bis dahin gesammelten Unterstützungsunterschriften mit.)
- 4. Verschiedenes

Mit freundlichen und GEWerkschaftlichen Grüßen Jochen Nagel

1 • 2007 WLZ 3

GEW fordert: Häusliches Arbeitszimmer muss auch 2007 steuerlich absetzbar bleiben!

Gutachten bestätigt: Streichung verfassungswidrig

Die GEW hat seit Bekanntwerden der Pläne gegen die Streichung der Abziehbarkeit des häuslichen Arbeitszimmers protestiert: Über 30.000 Lehrkräfte haben bei der GEW-Unterschriftensammlung gegen die Steuerpläne mitgemacht. Im Mai 2006 wurden die Unterschriften dem Bundesfinanzministerium übergeben. Anlässlich der Übergabe erklärte GEW-Vorstandsmitglied Ilse Schaad in einer Presseerklärung: "Wer so etwas beschließt, unterstellt implizit, Lehrerinnen und Lehrer würden außerhalb des Unterrichts nicht arbeiten. Das ist eine Missachtung der pädagogischen Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer."

Die Bundesregierung und die Vertreter der Bundesländer (die der Änderung alle zugestimmt haben) behaupten, sie würden "Steuervorteile" streichen. Macht man sich klar, dass allein im öffentlichen Schuldienst über 800.000 Lehrerinnen und Lehrer beschäftigt sind, so wird schnell deutlich, dass es um etwas ganz anderes geht: Hier soll mal wieder auf Kosten von Arbeitnehmer/innen gespart werden.

Der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt für den Rheingau-Taunus-Kreis und die Landeshauptstadt Wiesbaden

> Anschrift: Telefon :

F – Mail

Walter-Hallstein-Straße 3–5 65197 Wiesbaden 0611 – 8803 – 470 0611 – 8803 – 483

aprll@wi.ssa.hessen.de

Der Vorsitzende

Wiesbaden, den 21.02.2007

Der Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt für den Rheingau-Taunus Kreis und der Landeshauptstadt Wiesbaden fordert: Arbeitszimmer bei Lehrerinnen und Lehrern muss auch 2007 steuerlich absetzbar bleiben!

Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 wird unter anderem die Anerkennung der Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer bei Lehrkräften abgeschafft. Der GPRLL beim Staatlichen Schulamt des Rheingau-Taunus Kreises und der Landeshauptstadt Wiesbaden protestiert gegen die Nicht-Anerkennung des häuslichen Arbeitszimmers, da die Lehrerinnen und Lehrer einen erheblichen Teil ihrer Arbeitszeit für Vor- und Nachbereitungen des Unterrichts, Korrekturarbeiten usw. in einem häuslichen Arbeitszimmer verbringen. Diese Arbeiten, die wesentlicher Teil der regelmäßigen Aufgaben von Lehrerinnen und Lehrer sind, können nur in einem häuslichen Arbeitszimmer verrichtet werden, da der Arbeitgeber keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung stellt. Durch die steuerliche Nicht-Anerkennung des Arbeitszimmers wird unterstellt, dass Lehrerinnen und Lehrer außerhalb ihres Unterrichts nicht arbeiten. Dies ist eine grobe Missachtung der pädagogischen Arbeit der Lehrerinnen und Lehrer.

Das Arbeitszimmer ist ein notwendiges "Arbeitsmittel" und muss als solches steuerlich absetzbar bleiben!

Aus einem Erlass an die Staatlichen Schulämter vom Dezember 2006:

"Über ein dienstliches Arbeitszimmer in der Schule wäre dann zu sprechen, wenn die Lehrerinnen und Lehrer ihre gesamte Arbeitszeit in der Schule zu verbringen hätten. Dies ist zur Zeit nicht der Fall. Die Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer ist nur zu einem Teil durch Anwesenheitspflicht in der Schule gebunden und steht im Übrigen zur Disposition der einzelnen Lerhkraft.

Im Allgemeinen finden die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts sowie die Korrektur der schriftlichen Arbeiten im häuslichen Bereich statt. Dabei ist es jedem unbenommen, wo er diese Arbeiten erledigt. Die Arbeit selbst erfordert nicht zwingend ein eigenes Arbeitszimmer."

Dies werden wir auch weiterhin in Gesprächen und gegenüber der Öffentlichkeit deutlich machen.

Auch Kolleginnen und Kollegen können aktiv werden

Kolleginnen und Kollegen können einzeln oder besser gemeinsam im Kollegium mit einem Brief auf dem Dienstweg ihren Arbeitgeber auffordern, ihnen einen adäquaten Arbeitsplatz mit den erforderlichen Arbeitsmitteln in der Schule zur Verfügung zu stellen.

Das Staatliche Schulamt in Frankfurt hat einen derartigen Antrag mit einer eher satirischen Begründung abgelehnt:

"Ein Anspruch auf Einrichtung eines dienstlichen Arbeitszimmers besteht nicht. Der Ort der Dienstleistung ergibt sich aus besonderen Regelungen, seinen Umständen oder seiner Natur. (...) Für Lehrkräfte erfolgt diese Bestimmung hinsichtlich der nicht unmittelbar unterrichtsgebundenen Dienstleistungen dergestalt, dass der Ort der Dienstleistung nicht festgelegt wird, daraus folgt, dass ein Arbeitsplatz in der Schule insoweit auch regelmäßig nicht zur Verfügung gestellt wird. Auf die steuerliche Absetzbarkeit eines häuslichen Arbeitszimmers kommt es in diesem Zusammenhang nicht an."

In jedem Fall sollten solche Ablehnungen veröffentlicht werden. Zum Jahreswechsel planen wir weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen an den Schulen.

Streichung verfassungswidrig

Mit dem Steueränderungsgesetz 2007 wird unter anderem die Anerkennung der Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer bei Lehrkräften und vergleichbaren Berufsgruppen abgeschafft.

Die GEW hat deutlich gemacht, dass sie die Streichung für verfassungsrechtlich unzulässig hält. Diese Rechtsauffassung ist jetzt durch ein Gutachten von Prof. Dr. Anna Leisner-Egensperger, Universität Jena, bestätigt worden. Der Arbeitgeber

4 WLZ 1 • 2007

"verpflichtet" Lehrkräfte, die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts zu Hause zu erledigen, da er keine geeigneten Räumlichkeiten zur Verfügung stellt (so genannte Pflichtigkeit). Der Gesetzgeber dürfe, so die Expertise, diese "Pflichtigkeit" der Aufwendungen nicht ignorieren.

Was ist rechtlich zu tun?

Wer seine Steuererklärung für 2007 macht, sollte wie bisher die Kosten für ein häusliches Arbeitszimmer angeben. Diese werden von der Finanzverwaltung nicht anerkannt werden, da das Finanzamt sich an das geltende Gesetz halten muss. Sobald der rechtskräftige Steuerbescheid für 2007 vorliegt, muss Einspruch gegen die Nicht-Anerkennung des häuslichen Arbeitszimmers eingelegt werden. GEW-Mitglieder erhalten Hilfe bei der Einspruchsbegründung.

Betroffene, die sich bisher schon einen Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte haben eintragen lassen, können dies weiterhin beantragen. Die Lohnsteuerkartenstellen müssen aber nicht prüfen, ob die Höhe der Freibeträge Bestand hat. Einen Anspruch auf Eintragung eines Freibetrages gab es bisher schon nicht. Auf die endgültige Höhe der Steuerschuld hat der Freibetrag auf der Lohnsteuerkarte keinen Einfluss.

Rechtliche Klärungen können deshalb nur auf Basis des Steuerbescheids erfolgen.

Das Gutachten kann unter www.gew-hessen.de/uploads/mit_download/GEW_Gutachten.pdf heruntergeladen werden.

Nachtrag zum Besuch des Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen in Deutschland

Vor genau einem Jahr besuchte der UN- Menschenrechtsexperte Vernor Munoz Deutschland, um das deutsche Schulsystem u.a. in Hinblick auf die Umsetzung von Chancengleichheit zu untersuchen. Jetzt wird er am 21. März bei der vierten Sitzung des Menschenrechtsrats der Vereinten Nationen in Genf über seine Deutschland-Inspektion berichten.

Um was ging es? Munoz kritisierte vor einem Jahr die völlig unterschiedliche Schulorganisation der 16 Bundesländer, fehlende Durchlässigkeit zwischen den Schulformen, die Lehrerausbildung, die mangelnde Integration von behinderten Kindern in die Regelschule, die Tatsache, dass Flüchtlingskinder häufig kein Recht haben, die Schule zu besuchen (z.B. auch in Hessen). Es gab innerhalb der bildungspolitisch interessierten Öffentlichkeit viel Interesse und Zustimmung; natürlich fehlten aber auch nicht die üblichen, reflexhaft vorgetragenen Verteidigungsfloskeln der KultusministerInnnen oder Frau Schavans, die Kritik an unserem Schulsystem vehement zurückwiesen.

"Eindringlich" legt Munoz der Bundesrepublik nun nochmals nahe, das mehrgliedrige Schulsystem und das (außer in Österreich) weltweit einmalige frühe Aufteilen von Schülerinnen und Schülern in verschiedene Schulformen zu "überdenken". Besonders negativ wirke sich diese Praxis nach wie vor auf arme Schüler, Kinder aus Migrantenfamilien und behinderte Kinder aus

Es wird uns alle nicht überraschen, dass die Bundesregierung diese Äußerungen wiederum zurückgewiesen hat. Lernprozesse bei Erwachsenen scheinen manchmal entweder gar nicht oder nur im Schneckentempo voranzukommen – zu Lasten unzähliger Schülerinnen und Schüler in Deutschland, deren Chancen nach wie vor eingeschränkt sind.

Katja Plazikowsky

Schüler bekamen Zeugnisse erst später

Viele Schüler der Georg-Kerschensteiner-Schule, einer beruflichen Schule in Obertshausen, bekamen ihre Halbjahres-Zeugnisse nicht am Freitag, sondern, nach Angaben des stellvertretenden Personalratsvorsitzen den Klaus-Uwe Gerhardt, erst Mitte Februar. Vor dem Raum an der Schule, in dem die Zeugnisse ausgedruckt werden, hatte sich eine Warteschlange gebildet. Seit Anfang des Jahres können Lehrer ihr Arbeitszimmer zu Hause nicht mehr steuerlich absetzen. Die Schule stelle aber nur eine beschränkte Anzahl von Computern für den Zeugnisausdruck zur Verfügung. Man habe sich deswegen an Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD), die Landesregierung und Landrat Peter Walter (CDU) gewandt. Im Dezember habe man 130 Lehrerarbeitsplätze angemahnt. Weder für den Ausdruck der Zeugnisse noch für zusätzliche Verwaltungsaufgaben oder Unterrichtsvorbereitung stelle der Kreis genügend Computer zur Verfügung. Gerhardt wies darauf hin, in keiner Firma müssten die Mitarbeiter ihr eigenes Arbeitsgerät und ihre Wohnung unentgeltlich zur Verfügung stellen.

Die Last mit der LUSD

Die neue Lehrer- und Schülerdatenbank treibt Schulleitungen zur Verzweiflung

Notenbücher fliegen durchs Lehrerzimmer, Schüler warten vergeblich auf ihre Halbjahreszeugnisse und übernächtigte Studienleiter stehen kurz vor einem Nervenzusammenbruch – nichts geht mehr, nur die Propagandamaschinerie des Kultusministeriums läuft nach wie vor wie geschmiert und preist die neue LUSD als Fortschritt.

Millionen wurden investiert, damit das HKM zukünftig Zugriff auf tagesaktuelle Schulstatistiken hat – warum eigentlich? Für noch perfidere Propaganda, als Grundlage für weitere dilettantische Reformbaustellen oder damit uns die Dienstdamen und –herren genauer beobachten können?

Wieder einmal wurde mit heißer Nadel an der schulischen Realität vorbeigestrickt und die Lehrer müssen die "nicht mehr fassbaren, unglaublichen Fehler" (Zitat eines Studienleiters) der unfertigen Software ausba-

1 • 2007 WLZ 5

den.

Auf Zeugnissen erscheinen kryptische Zeichen und negative Fehlzeiten, bei dem Versuch, eine falsche Eingabe zu korrigieren verschwinden ganze Datensätze, der zentrale Server ist stundenlang nicht zu erreichen und die Ermittlung der Abiturzulassung dauert für einen Schüler bis zu 30 Minuten. Die Liste dieser unglaublichen Software- und Netzwerkmängel ließe sich beliebig fortsetzen.

Die zeitliche und nervliche Belastung vor allem der Studienleiter an Gymnasien ist enorm. In Wochenendund Nachtschichten erstellen sie Abiturzulassungen parallel mit der alten und neuen LUSD und mit handschriftlichen Listen.

Eine bodenlose Unverschämtheit, ein unglaublicher Zynismus, ist es angesichts dieses Engagements der Studienleiter, wenn die Kultusministerin verlautbaren lässt, dass die LUSD-Probleme hauptsächlich auf schlecht geschulte Lehrer zurückzuführen seien.

Wie oft kann sich Frau Wolff eigentlich noch hinter ihren Lehrer-Sündenböcken verstecken, bis sie endlich für ihre Pannenserie - von Fortbildungsbürokratie über Unterrichtsgarantie und SAP bis zur LUSD, um nur einige zu nennen – die Verantwortung übernehmen muss?

Michael Zeitz

Betriebliches Eingliederungsmanagement

Betriebliches Eingliederungsmanagement ist von Seiten der GEW bisher häufig als Thema für schwerbehinderte Kolleginnen und Kollegen eingeordnet worden. Seit dem 1. Mai 2004 gibt es jedoch eine Neuregelung im SGB IX, die besagt, dass alle Beschäftigten Anspruch auf Präventionsregelungen zur Eingliederung nach Erkrankungen haben. Im Gesetz ist dazu folgendes ausgeführt:

§ 84 Abs.2 SGB IX:

"Sind Beschäftigte innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen ununterbrochen oder wiederholt arbeitsunfähig, klärt der Arbeitgeber mit der zuständigen Interessenvertretung im Sinne des § 93, bei schwerbehinderten Menschen außerdem mit der Schwerbehindertenvertretung, mit Zustimmung und Beteiligung der betroffenen Person die Möglichkeit, wie die Arbeitsunfähigkeit möglichst überwunden werden und mit welchen Leistungen oder Hilfen erneuter Arbeitsunfähigkeit vorgebeugt und der Arbeitsplatz erhalten werden kann (betriebliches Eingliederungsmanagement). Soweit erforderlich wird der Werks- oder Betriebsarzt hinzugezogen. Die betroffene Person oder ihr gesetzlicher Vertreter ist zuvor auf die Ziele des betrieblichen Eingliederungsmanagements sowie auf Art und Umfang der hierfür erhobenen und verwendeten Daten hinzuweisen. Kommen Leistungen zur Teilhabe oder begleitende Hilfen im Arbeitsleben in Betracht, werden vom Arbeitgeber die örtlichen gemeinsamen

Servicestellen oder bei schwerbehinderten Beschäftigten das Integrationsamt hinzugezogen. Diese wirken darauf hin, dass die erfolgreichen Leistungen oder Hilfen unverzüglich beantragt und innerhalb der Frist des § 14 Abs. 2 Satz 2 erbracht werden. Die zuständige Interessenvertretung im Sinne des § 93, bei schwerbehinderten Menschen außerdem die Schwerbehindertenvertretung, können die Klärung verlangen. Sie wachen darüber, dass der Arbeitgeber die ihm nach dieser Vorschrift obliegenden Verpflichtungen erfüllt."

Diese Vorschrift erweitert also das frühzeitige Einschalten der Schwerbehindertenvertretung, der Personalräte, der gemeinsamen Servicestelle nach SGB und des Integrationsamtes für die Fälle, in denen eine ununterbrochene Arbeitsunfähigkeit von mehr als 6 Wochen oder wiederholte Arbeitsunfähigkeit vorliegt. Die Regelung des Abs. 2 gilt nicht nur für schwerbehinderte Personen, sondern auch für alle anderen arbeitsunfähigen oder wiederholt arbeitsunfähigen Menschen. Laut § 128 SGB IX gilt das auch für Beamte.

Zielfelder des Eingliederungsmanagements

Durch Eingliederungsmanagement soll erreicht werden, dass Arbeitsunfähigkeit überwunden und erneuter Arbeitsunfähigkeit vorgebeugt wird um Arbeitsplätze zu erhalten. Hierzu sieht der Gesetzgeber einzelfallbezogene Maßnahmen vor. Dazu gehören u.a.:

- Erfassung der Krankheitszeiten von mehr als 6 Wochen;
- Entwicklung geeigneter Erhebungsmethoden;
- Aufdecken von betrieblichen Ursachen der Erkrankung;
- Aufdeckung von Fehlbelastungen;
- Stufenweise Wiedereingliederung;
- Entwicklung eines Katalogs von Hilfsmaßnahmen und –partnern.

Diese Maßnahmen müssen ausgewertet werden. Die Konsequenzen hieraus münden in die Vorbeugung erneuter Arbeitsunfähigkeit oder Prävention ein, z.B. durch:

- Entwicklung eines Frühwarnsystems (Erfassung aller Belastungen am Arbeitsplatz)
- Erfassung psychischer Belastungen
- Ausbau von betriebsnahen Rehamöglichkeiten
- Anpassung von Arbeitsplatz, -organisation und/ oder –umfeld
- Schulung von Vorgesetzten
- Einrichtung eines Präventions- oder Integrationsteams (Dienststellenvertreter, Personalvertreter, Schwerbehindertenvertretung)

(Matthias Bender, Mitglied des Arbeitsschutzausschusses beim Schulamt RTIMI)

Sensationelle Ausbildungsplatz-

6 WLZ 1 • 2007

Solidarität in Bayern?

Die FR vom 13. Februar 2007 berichtet, dass die bayrischen Arbeitnehmer der Metall- und Elektroindustrie in diesem Jahr 1000 zusätzliche Ausbildungsplätze *mitfinanzieren*, wenn sich Management und Betriebsrat eines Unternehmens dazu entschließen.

Jeder Beschäftigte würde sich dabei mit 35 bis 40 Euro und Auszubildende pauschal mit 5 Euro einmalig beteiligen.

Beide Tarifpartner wollen mit dieser Aktion ein Beispiel geben. Im November 2007 werde man Bilanz ziehen. Das Modell sei einmalig ... aber: "Aus dem Ball kann ein Schneemann werden oder eine Lawine...", meinte der bayrische IG-Metall Chef Neugebauer unter Hinweis auf andere Tarifgebiete. Und die Vereinbarung könne zukunftweisend sein.



Auch in Hessen wurde in den letzten Jahren ein erschreckender Lehrstellenmangel beklagt und am 20. Februar 2007 ein neuer "Hessischer Pakt für Ausbildung" unterzeichnet, mit der Verpflichtung der Wirtschaftsverbände, in jedem Jahr 4000 neue Ausbildungsplätze anzubieten.

Mit Spannung wartet nun schon heute die GEW Wiesbaden auf die Forderung der hessischen Wirtschaftsverbände, den "exemplarischen und solidarischen" bayerischen Ausbildungspakt auch in Hessen umzusetzen.

Dabei ist zu beachten, dass bereits jetzt jahrelang die bundesdeutschen Arbeitnehmer – gezwungen durch den neoliberalen wirtschaftspolitischen Mainstream – sich in radikaler Lohnzurückhaltung geübt haben: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden verschlechterte sich im Zeitraum von 1991 bis 2005 ihre Reallohnposition um rund 2%.

Vor diesem Hintergrund sind wir als Gewerkschaftler erschüttert mit ansehen zu müssen, wie die bayrischen IG-Metall-Kollegen vor den Arbeitgebern immer weiter

Impressum

Die Wiesbadener Lehrer- und Lehrerinnenzeitung. Herausgeber ist die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Kreisverband Wiesbaden, Gneisenaustraße 22, 65195 Wiesbaden, Tel./Fax:0611/406670, EMail: gew-wiesbaden@gmx.net; Redaktion: Birgit Bossert, Thomas Eilers, Doro Stöver, Michael Zeitz; Auflage: 1700; Beiträge bitte per E-Mail an: utemas@t-online.de.

Ein Europa des Friedens, der Arbeit und der Solidarität?

Vortrag von Sven Giegold, Attac-Gründungsmitglied Donnerstag, 22. März 2007, 19.30 Uhr Pariser Hoftheater, Wiesbaden, Spiegelgasse 9

Im ersten Halbjahr dieses Jahres hat Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft inne. Die Bundesrepublik will ihren Vorsitz unter anderem dazu nutzen, die EU-Verfassung wieder zu reaktivieren. Außerdem will sie die notfalls auch militärische Sicherung der europäischen Energie- und Rohstoffversorgung in den Mittelpunkt stellen. Mit einer neuen Handelsstrategie sollen lukrative Märkte weiter liberalisiert und bessere Zugangsbedingungen zu Märkten in Drittländern, insbesondere Schwellenländer, geschaffen werden. In seinem Vortrag stellt Sven Giegold, Wirtschaftswissenschaftler und Mitglied im Koordinierungskreis von Attac, als Gegensatz zu diesem neoliberalen Modell, Alternativen für ein friedliches, demokratisches, soziales und ökologisches Europa vor.

Eintritt frei

Es laden ein: Attac Wiesbaden, Pariser Hoftheater, AWO Kreisverband Wiesbaden e.V., Eine-Welt-Zentrum Wiesbaden, Kath. Erwachsenenbildung – Bildungswerk Hessen, Ev. Sozialpfarramt Wiesbaden, VHS Wiesbaden

Infos: Elke Ebeling, Tel. 0611/8 61 62.- www.attac-wiesbaden.de

auf die Knie gehen und in der Logik der "Schröderschen Reformpolitik" auch noch die Ausbildungsplätze ihrer Kinder mitfinanzieren: Agenda 2010, Reallohneinbußen, zunehmende Privatisierung eigentlich öffentlicher Dienstleistungen etc. ... So stellen wir uns eine zukunftsfähige solidarische Gesellschaft nicht vor ... In diesem Zusammenhang unterstützen wir ausdrücklich die DGB-Hessen Forderung nach einem grundgesetzlich garantierten "Recht auf Ausbildung".

Mit der "Phantomdebatte Globalisierung" (Prof.Dr. Hengsbach) testen mächtige Wirtschaftsverbände seit Jahren die Belastungsfähigkeit des Rechts- und Sozialstaats Deutschland: Was könnte man von den Beschäftigten denn noch alles abpressen, bis irgendwann die Ein-Millionengrenze der Arbeitslosigkeit geknackt wird und Jugendliche zwischen verschiedenen Ausbildungsplätzen wählen können?

In gekonntem marktradikalen Zynismus meint dazu der IFO-Chefideologe Prof. Sinn in seinem Buch "Ist Deutschland noch zu retten?": Jeder findet Arbeit, wenn man zulässt, dass der Lohn weit genug fällt, denn je weiter er fällt, desto attraktiver wird es für die Arbeitgeber, Arbeitsplätze zu schaffen, um die sich bietenden Gewinnchancen auszunutzen.

Zur Erstürmung ökonomischer Gipfellogik fehlt da eigentlich nur noch die Forderung nach Einführung des 25-Stunden-Tages und der Acht-Tage-Woche, damit wir in der sich rasant globalisierenden Welt weiterhin wettbewerbsfähig bleiben.

Hans-Joachim Barth

Anerkennung von PCB-Belastung als Dienstbeschädigung

Erkrankung durch PCB gilt als Dienstunfall, so hat der Hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel am 8.12.2006 bestätigt.

1 • 2007 WLZ

Das Land Hessen hat in zweiter Instanz gegen einen Lehrerkollegen eine Niederlage erlitten. Ein Rechtsvorgang hat so nach mehr als 10 Jahren ein Ende gefunden.

Zur Erinnerung: In Deutschland gibt es ca. 45000 Schulen, davon sind ca. 15000 Schulen mit PCB-haltigen Materialien belastet (nach einer Berichterstattung der ZDF-Sendung "Frontal"). In Wiesbaden und anderswo sind Schulen wegen PCB-Belastung abgerissen bzw. saniert worden.

Die Beschäftigten des Frankfurter Justiz-Gebäudes-C haben schon Anfang 1990 ihre Akten unter den Arm genommen und sind aus den Büros ausgezogen. Diese Büros wurden vollständig PCB-frei saniert. Die Beschäftigten zogen wieder ein, aber ohne ihre Akten. Diese mussten in einem gasundurchlässigen Raum im Keller untergebracht werden, weil sie mit PCB verseucht sind.

Dies ist ein Beispiel der Ungleichbehandlung im Vorgehen mit der Sanierung von PCB-belasteten Gebäuden. Gesunde Justizbeamte sind wichtiger als gesunde Kinder und Lehrkräfte.

- Welche politischen Schritte werden nach dem Verwaltungsgerichtshof-Urteil eingeleitet, damit es keine PCB- belasteten Schulen, Turnhallen, Kindereinrichtungen, Universitäten und andere Gebäude mehr gibt?
- Müssen die Gesundheitsämter jetzt verstärkt darauf dringen, dass die Innenraumluft der Außenluft entspricht?
- Müssen die Mitarbeiter der Hochbauämter jetzt besser in der Materialverwendung geschult werden bzw. sensibler damit umgehen?
- Welche Aufgaben kommen jetzt zusätzlich auf die Personalräte zu?
- Was kann der Kollege/die Kollegin tun, damit der Arbeitsplatz gift- und schadstofffrei ist?

Es gibt zwar noch viele offene Fragen und es bedarf

Für ein Deutschland, ein Europa, eine Welt ohne Krieg, Militär und Gewalt

Mainz-Wiesbadener

Ostermarsch in Mainz

Samstag, 7. April 2007

Auftaktkundgebung: 10:30 Uhr, Hauptbahnhof Mainz Schlusskundgebung: 12:30 Uhr, Leichhof

Es rufen auf: Antifa Nierstein; Arbeitskreis Umwelt und Frieden (AUF) AKK; Attac Wiesbaden; Connection e.V.; Deutsche Fireddensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegenrInnen (DFG-VK) Gruppe Mainz und Gruppe Wiesbaden; Deutscher Freidenkerverband Rheinland-Pfalz/Saarland; Die Linke PDS und WASGMainz; Linkspartei und WASG Wiesbaden; DKP Rheinland-Pfalsz, DKP Wiesbaden; InitiativeÖkosozialilsmus; Iranisches Külturzentrum e.V.; Linke Liste (LiLi) Wiesbaden; Mainz Özgürlik ve Dayamsma Dernegi; Wasg Mainz



Sagt Nein!

Zu dem

arbeitnehmerfeindlichen Beschluss der SPD/CDU- Regierung

Arbeiten für die Bosse bis zum Umfallen?

Widerstand jetzt

Unsere Kinder brauchen Arbeitsplätze!

Lieber Kollege Sommer,

es gibt bei den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben großen Unmut über den Kabinettsbeschluss zur Rente mit 67. In unserem Betrieb haben wir noch keinen gefunden, der die Rente mit 67 befürwortet. Es geht nicht nur um Abschläge, die sich künftig keiner mehr leisten kann. Es ist ein Affront auf die Arbeitnehmerwürde und körperliche Unversehrtheit. Es gibt zwar viel Kritik und es wird viel geredet, aber es mündet nicht in Aktivitäten. Aufgrund der hohen Ablehnung unter den Beschäftigten, gehen wir dennoch davon aus, dass in dieser Frage ein hoher Mobilisirungsgrad möglich ist, vielleicht sogar ein Parlamentsbeschluss dazu verhindert werden kann. Voraussetzung wäre aber eine Kampagne. Es darf nicht einfach nur bei Stellungnahmen bleiben.

Was wir nicht begreifen ist, dass außer der IG Metall keine gezielte Kampagne gegen die Rente mit 67 eingeleitet wird. Während beispielsweise die Nazis in der S-Bahn Postkarten mit ihren Parolen anbringen, ist die Riesenorganisation DGB nicht in der Lage, wenigstens einen Aufkleber gegen die Rente mit 67 zu drucken und den Mitgliedern zur Verfügung zu stellen. Oder wird seitens der DGB - Führung nur halbherzig gehandelt, weil Parteifreunde in der Regierung sitzen? Wenn nicht wenigstens in dieser Frage eine Bewegung angekurbelt wird, dann muss sich der DGB nicht über Mitgliederrückgang wundem.

Bis April bleibt nicht viel Zeit. Wir hoffen auf Antwort und Aktivitäten in der Öffentlichkeit und z. B. Thematisierung auf Betriebsversammlungen, Besuche in den Parteibüros mit Überreichung eines stinkenden Müntehering. Sollen Müntefering und Co. sich doch bis 67 am Bau kaputt schuften oder als Lehrkraft in der Hauptschule mit 66 in der Klapse landen.

Mit optimistischen Grüßen

Franz Gajdosch

auf Beschluss der GEW-Vertrauensleute Hessen, am 29.01.07, beim Internationalen Bund (ffi)

Einladung an die LiV:

Frohmut Knie
Stimmtraining

Sabine Rehder

Mit allen Sinnen durch den Unterricht

Mittwoch, 9. Mai 2007
Institut f. Qualitätssicherung,
Raum 1 und 2

Walter-Hallstein-Str. 3-5, 65197 Wiesbaden

8 WLZ 1 • 2007